

Antrag

**Der Abgeordneten Deniz Celik, Sabine Boeddinghaus, Heike Sudmann,
Cansu Özdemir, Inge Hannemann, Martin Dolzer, Christiane Schneider,
Stephan Jersch, Norbert Hackbusch, Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Das muss drin sein: Netz Früher Hilfen ausbauen und verstetigen, um
die Gesundheit von Kindern zu fördern**

Der mit dem „Pakt für Prävention“ und dem Konzept „Guter Start für Hamburgs Kinder“ beabsichtigte Aufbau einer Gesundheitsförderungs- und Präventionskette sowie die medizinische Versorgung in einzelnen Stadtteilen mit sozialer Belastung befinden sich nicht auf dem erforderlichem Niveau und sind noch weit davon entfernt, die Bedarfe in den unterversorgten Stadtteilen zu erfüllen. Das „Billenetz“, ein Projekt von Arbeit und Leben Hamburg e.V., kritisierte in einer Erklärung vom März 2015 den Mangel an Fach-, insbesondere Kinderärzten, die nicht ausreichenden Ressourcen von Mütterberatungspersonal, den Rückgang von Babybegrüßungs-Hausbesuchen, die schlechte psychologische Versorgung und die ungenügende Kapazität der Familienförderereinrichtungen. Damit werden aber insbesondere die Familien nicht erreicht, die Hilfs- und Unterstützungsangebote dringend brauchen. Ursache sei unter anderem, dass die Mütterberatungsstellen Zuständigkeit für die Kontrolle der U6/U7-Vorsorgeuntersuchungen übernehmen mussten. Dazu gibt es Wartezeiten bei Kinderärzten und -ärztinnen, Logopäden und Logopädinnen sowie Psychotherapeuten und -therapeutinnen von bis zu einem Dreivierteljahr.

Es besteht ein Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und gesundheitlichen Ressourcen beziehungsweise Risiken. In Hamburg lassen sich die Verteilung von Armut und Reichtum, von Bildungs- und Gesundheitschancen, Wohn- und Lebensqualität sowie die Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe (einschließlich Wahlbeteiligung) an der sozialen Struktur von Stadtteilen ablesen. Die Unterschiede in den Bevölkerungsstrukturen und Lebensbedingungen betreffen auch den medizinischen Versorgungsbedarf. „In Stadtteilen mit starker sozialer Belastung erkranken mehr Versicherte an körperlichen und psychischen Krankheiten als in Stadtteilen mit geringer sozialer Belastung“ (Gutachten zum kleinräumigen Versorgungsbedarf „Morbiditätsatlas Hamburg“). Gesundheitsförderung und Prävention können einen Beitrag dazu leisten, die sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen zu verringern. Zudem zeigt eine Analyse des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) zu Kosten und Nutzen der Investitionen in Frühe Hilfen, dass jeder in „Frühe Hilfen“ investierte Euro zwischen 13 und 34 Euro an Folgekosten (zum Beispiel Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder medizinische Leistungen) einspart.

Die Stadt Hamburg hat mit mehr als 100 Partnern und Partnerinnen den „Pakt für Prävention – Gemeinsam für ein gesundes Hamburg“ geschlossen. Das Projekt „Babylotsen Hamburg“ und der Aufbau von Familienteams sind Kern des Landeskonzpts „Frühe Hilfen“, über das 2013 bereits die Presse in Hamburg berichtete. Fachleute aus dem Gesundheitsbereich, der Familienförderung und der Jugendhilfe sollen verbindlich zusammenarbeiten. Netzwerkkordinatoren in den Bezirken unterstützen die Zusammenarbeit. Der Bund hat für den Ausbau der frühen Hilfen im Jahr 2014 1,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Aus dem Etat der Gesundheitsbehörde sollten 1,8 Millionen Euro dazu kommen. Damit wurde auch das Budget für die Familienhebammen aufgestockt auf 1,28 Millionen Euro.

Mit dem Rahmenprogramm für „Gesund aufwachsen in Hamburg“ wird als Ziel die „Schaffung einer Gesundheitsförderungs- und Präventionskette von der Schwangerschaft bis (etwa) zum Eintritt in die Schule“ gesetzt. Gesundheits- und Lebenskompetenzen sollen entwickelt und gestärkt, gegenseitige Unterstützungen befördert werden. Auch soll die Nutzung von Vorsorgeangeboten unterstützt werden. Die Elternkompetenz rund um Schwangerschaft, Geburt und Säuglingszeit zu stärken, insbesondere bei Zielgruppen in unterversorgten Stadtteilen, ist ein wichtiges Ziel der Prävention. Mit dem Projekt „Babylotsen Hamburg“ wird das Ziel verfolgt, junge Familien zu erreichen, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden und Unterstützung brauchen. Die Babybegrüßungs-Hausbesuche als aufsuchendes, nicht stigmatisierendes Beratungsangebot haben eine wichtige Schlüsselfunktion in der Gesundheits- und Präventionskette. Die Mütterberatung bildet dabei einen wichtigen Teil des Netzwerkes der Frühen Hilfen, weil sie durch den niedrigschwelligen Ansatz Familien mit besonderen Bedarfen erreicht, die andernfalls den Zugang zum Hilfesystem nicht finden würden.

Für die erfolgreiche Umsetzung des Konzepts „Guter Start für Hamburgs Kinder“ müssen jedoch ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Um die Gesundheitschancen von sozial benachteiligten Kindern und Familien nachhaltig zu verbessern, ist es dringend notwendig, die bestehenden Ungleichheiten in der medizinischen Versorgung zu beseitigen und durch den Ausbau der Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangebote die Prävention und die Gesundheitsförderung voranzutreiben.

Die Schaffung einer einheitlichen Datenbasis mit sozialen Indikatoren ist für die Messbarkeit von Entwicklung, die Angleichung von Chancengleichheit der sozial benachteiligten Stadtteile von Bedeutung.

Die Forderungen stellen nur einen ersten Schritt zur Optimierung der Maßnahmen zur Zielerreichung im Rahmen des Konzeptes „Guter Start für Hamburgs Kinder“ dar. Konzeptoptimierung und Weiterentwicklung können nicht ohne Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit und Zusammenarbeit mit allen Beteiligten auf unterschiedlichen Ebenen erfolgen. Da entsprechende Aktivitäten ohne personelle und materielle Ressourcen nicht möglich sind, wird der Senat aufgefordert, die Maßnahmen zur Zielerreichung jeweils mit materiellen und personellen Ressourcen zu hinterlegen.

Die Bürgerschaft möge deshalb beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. für den Ausbau und Verstärkung des Netzes „Frühe Hilfen“ bis zum 31. August 2015 unter Beteiligung der Netzwerk-Akteure und -Akteurinnen in den Bezirken und den Stadtteilen einen detaillierten Bedarfsplan für alle Bezirke mit konkreten Kennzahlen für die Qualifikation und Menge des Personals sowie weiterer Ressourcen zu entwickeln. Fundierte Sozialberatung, Integrations- und Sprachkurse und Orte der Begegnung sind dabei zu berücksichtigen.
2. anhand der unter Punkt 1. genannten und noch zu entwickelnden Bedarfsplanung bis zum 30. September 2015 für das Netz „Frühe Hilfen“ damit für den öffentlichen Gesundheitsdienst ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit notwendiges Fachpersonal, wie Familienhebammen, Mütterberatungspersonal, Sozialpädagoginnen und -pädagogen et cetera, eingestellt werden kann. Babybegrüßungs-Hausbesuche sind in allen Bezirken als Regelangebot für alle Familien mit Neugeborenen anzubieten.
3. Der Bürgerschaft bis zum 31. August 2015 zu berichten, wie sich die Kapazitäten im Bereich öffentlicher Gesundheitsdienst durch das verbindliche Einlade- und Meldewesen für die U6/U7-Vorsorgeuntersuchungen verändert haben.
4. für die Frühe-Hilfen-Präventionskette allen Bezirken eine verbindliche einheitliche Datenbasis zu schaffen, die es ermöglicht, Ergebnisse im Rahmen der Frühen Förderung und der Gesundheitsförderung zu erhalten, die belastbar sind und die Entwicklung messbar machen.

5. bis spätestens zum 30. Juni 2017 auf der Grundlage des Gutachtens zum kleinräumigen medizinischen Versorgungsbedarf die Versorgung durch Haus- und Fachärzte und -ärztinnen für unterversorgte Stadtteile zu verbessern; im Rahmen des benannten Kontextes insbesondere zu überprüfen und zu steuern, dass in den Stadtteilen die Anzahl der Kinderärzte und -ärztinnen im Verhältnis zu den dort wohnenden Kindern in einem vertretbaren Verhältnis steht.
6. der Bürgerschaft erstmalig über den Aufbau und die Funktionsfähigkeit des Frühe-Hilfen-Netzes sowie der eingeleiteten Maßnahmen zur kleinräumigen Versorgungsplanung für unterversorgte Stadtteile bis zum 30. September 2015 zu berichten.